

Gesundheits- und Sozialdepartement  
des Kantons Luzern  
Herr Guido Graf  
Bahnhofstrasse 15  
6002 Luzern

Luzern, 14.06.2022

## **Psychische Gesundheit für alle!**

Sehr geehrter Herr Graf

Der Verband der Zentralschweizer Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten VPZ mit seinen rund 120 Mitglieder, die in den Kantonen Luzern, Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug tätig sind, wendet sich an Sie in Bezug auf das Verfahren zur Festsetzung des Tarifes im Anordnungsmodell.

Es gibt auch in unserem Kanton viele Menschen, die aktuell auf einen Therapieplatz warten oder sich eine angemessene Psychotherapie nicht leisten können. Die Situation ist besonders bei Kindern und Jugendlichen sehr angespannt. Indem der Bundesrat per 1. Juli die sogenannte delegierte Psychotherapie mit dem Anordnungsmodell ersetzt, will er die Versorgungslücken schliessen.

Unsere Mitglieder leisten gerne einen Beitrag zu einer besseren psychischen Gesundheit. Die Frage der Patientinnen und Patienten, ob künftig die Leistungen über die Grundversicherung angeboten werden, können von den Therapeuten derzeit jedoch unmöglich beantwortet werden: Es gibt keinen einheitlichen Tarif, mit dem abgerechnet kann.

Geht es nach tarifsuisse, reicht der Delegationstarif, was unrealistisch ist. Nicht nur sind die Tarmed-Tarife veraltet, auch kann eine Anstellung in einer Arzt-Praxis (also delegierte Psychotherapie) nicht mit einer selbstständigen Tätigkeit verglichen werden. Zudem ist die vorgeschlagene Tarifstruktur unvollständig und nicht praktikabel. Es fehlen grundlegende Leistungen wie Krisenintervention oder Online-Sitzungen. Das weckt bei uns Zweifel, ob tarifsuisse überhaupt ernsthaft daran interessiert ist, die Versorgungslücken zu schliessen.

Das Hauptziel des Systemwechsels vom Delegations- zum Anordnungsmodell ist, dass psychisch kranke Menschen die Behandlung bekommen, die sie brauchen – unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten. Wenn der Delegationstarif übernommen wird, ist davon auszugehen, dass psychologische Psychotherapeutinnen und -therapeuten keine oder zu wenige Behandlungsplätze über das Anordnungsmodell anbieten werden: sie müssten eine Lohneinbusse von etwa 35-40% in Kauf nehmen. Die Versorgungslücke droht gar, sich auszuweiten: es ist zu befürchten, dass es weniger Therapieplätze für psychisch kranke Patientinnen und Patienten geben wird als heute.

Als Regierungsrat können Sie einen Unterschied machen: Folgen Sie stattdessen dem Vorschlag der Psyverbände, H+ und curafutura/HSK. Diese Tarifstruktur ist detailliert und der Tarif macht es möglich, dass wir Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten Leistungen über die Grundversicherung anbieten können. Damit werden Hürden für eine Psychotherapie abgebaut.

Haben Sie auch den Mut, Herr Graf, sich nicht von vermeintlichen Sparpotenzialen bei der Gesundheit ablenken zu lassen. Ein verbesserter Zugang zu Psychotherapie wird nämlich ein Vielfaches davon einsparen, was er kostet. Handeln sie jetzt! Ihre Wählerinnen und Wählern werden es Ihnen danken.

Freundliche Grüsse

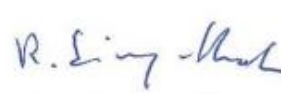
Das Vorstandsteam des VPZ



Esther Damas



Ursula Rohrer



Reto Siegenthaler



Caroline Hart

Kopie an: Muriel Brinkrolf, Föderation der Schweizer Psychologinnen und Psychologen,  
Effinerstrasse 15, 3008 Bern ([muriel.brinkrolf@fsp.psychologie.ch](mailto:muriel.brinkrolf@fsp.psychologie.ch))